

Bildung braucht... Bündnis, c/o AStA CAU Kiel, Westring 385, 24118 Kiel

## PRESSEMITTEILUNG

Pressekontakt: Herr **Steffen Regis** (V.i.S.d.P.)

E-Mail: [presse@bildungbraucht.de](mailto:presse@bildungbraucht.de)

Tel: 0431/8802648

Mobil: 0171/2076104

"Merkel erteilt Bildung eine Absage"

21. August 2013

(Kiel/Greifswald) Das Bildung braucht... Bündnis fordert Bundeskanzlerin Merkel auf, ihre Haltung zur Abschaffung der Kooperationsverbotes zu ändern und endlich Bildungsfinanzierung durch den Bund zu ermöglichen.

Kanzlerin Merkel hat mit einer klaren Ablehnung zu einer grundsätzlichen Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbots Hoffnungen auf eine bessere Bildungspolitik eine klare Absage erteilt: Bei einem Wahlkampftermin am Dienstag in Greifswald antwortete sie auf die Frage nach ihrer Meinung zur Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern, dass sie ausschließlich eine Lockerung des Verbots auf der Forschungsebene befürworte. Sie sprach sich damit klar gegen mehr Geld für den Bildungsbereich und gegen eine sichere zukunftsfähige Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen aus.

Steffen Regis, Sprecher des Bildung braucht...Bündnisses, kommentiert: „Merksels deutliche Absage an zukunftsfähige Bundesbildungspolitik ist unverantwortlich. Wir brauchen in den Bereichen frühkindliche, schulische und hochschulische Bildung ein stärkeres Engagement des Bundes, da die Länder und Kommunen finanziell bereits jetzt hoffnungslos überfordert sind. Die Schuldenbremse wird in den kommenden Jahren die mangelnde Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Lehr- und Betreuungspersonal und Infrastruktur noch verstärken. Wenn die Kanzlerin gute Forschung in Deutschland will, muss sie verstehen, dass die Grundlagen dafür in der Schule und im Studium gelegt werden. Ohne ausreichendes Lehrpersonal und intakte Räume und ohne Ausbau der sozialen Infrastruktur wird es auch keinen Nachwuchs für die Forschung geben.“

Merkel ignoriert damit auch die Probleme in ihrem eigenen Wahlkreis. So ist die Universität Greifswald von einem Millionendefizit in Folge eines Kürzungsprogramms betroffen, welches das Bundesland Mecklenburg Vorpommern nicht ausgleichen kann. In den städtischen Kitas sollen die Elternbeiträge massiv erhöht werden und Erzieher\*innen fürchten um ihren Job. An den Greifswalder Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen herrscht zudem ein Sanierungsstau von rund 35 Millionen Euro, der von der Stadt nicht zu finanzieren ist.

Regis abschließend: "Kanzlerin Merkel hat bewiesen, dass die von ihr ausgefahrene "Bildungsrepublik" eine Phrase ohne Inhalt ist. Dies ist für die Betroffenen der Bildungsmisere ein Schlag ins Gesicht, denn die Greifswalder Probleme existieren überall in Deutschland."

### HAUSANSCHRIFT

Bildung braucht Bündnis  
c/o AStA Universität Kiel  
Westring 385, 24118 Kiel

Telefon: 0431 / 880 - 2648

Telefax: 0431 / 880 - 1721

E-Mail: [info@bildungbraucht.de](mailto:info@bildungbraucht.de)

[www.bildungbraucht.de](http://www.bildungbraucht.de)

### Bankverbindung:

freier Zusammenschluss von  
studentInnenschaften (fzs) e.V.

Konto: 82 464 00

BLZ: 100 205 00

Bank für Sozialwirtschaft

### Verwendungszweck:

Bildung braucht